

**Begrüßungsrede
von Markus Meckel
Ratsvorsitzender der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur,**

12.03.2002, Festsaal Abgeordnetenhaus von Berlin

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus dem Deutschen Bundestag, aus den beiden früheren Enquete - Kommissionen, verehrte Disputantinnen und Disputanten der gleich folgenden Podiumsdiskussion, verehrte Damen und Herren,

wir begehen heute den 10. Jahrestag der Einrichtung der Enquete - Kommission des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte. Wir blicken dabei gleichzeitig zurück auf beide Enquete – Kommissionen zu diesem Thema in der 12. u. 13. Legislaturperiode, deren erste vor zehn Jahren mit ihrer Arbeit begann. Gerade angesichts der aktuellen Diskussion, die wir in Deutschland nach dem Urteil zu Helmut Kohls Klage gegen die Herausgabe seiner Akten erleben, ist dies ein guter Termin. Ich bin nämlich fest davon überzeugt, dass die Zukunft in Deutschland ganz wesentlich davon geprägt sein wird - wie weit und wie wir als Deutsche uns mit diesen beiden Diktaturen- und eben auch mit der zweiten deutschen Diktatur auseinandersetzen.

Die Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit ist ein wichtiger Indikator für die Glaubwürdigkeit unserer demokratischen politischen Kultur. Als ich im November 1991 (nach einem Gespräch mit Martin Gutzeit) in einer Presseerklärung mit dem Vorschlag an die Öffentlichkeit trat, eine Enquete – Kommission zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte zu bilden, hätte ich ehrlich gesagt nicht gedacht, was für ein Erfolg das wird. Ja, ich hätte anfangs noch nicht einmal für möglich gehalten, dass diese Kommission überhaupt zustande kommt, war ich doch Abgeordneter der Opposition. Denn auch meine eigene Fraktionsführung war ausgesprochen skeptisch, ob dies ein guter Vorschlag sei. Jedenfalls war die Begeisterung nicht so wahnsinnig groß. Vorher hatte ich mit Willy Brandt gesprochen, mit Burkhard Hirsch, mit Winfried Penner und Gerhardt Jahn, das heißt mit verschiedenen, alt-erfahrenen Parlamentariern. Ich wollte mich als damals frischgebackener Parlamentarier vergewissern, ob diese Art Institution würde leisten können, was sie sollte. Und sie bestärkten mich, diesen Vorschlag zu machen. Willy Brandt hat dann bei der Einsetzung vor zehn Jahren seine letzte Parlamentsrede gehalten...

Ich war fest davon überzeugt, dass das Tribunal, das damals in der Diskussion war, kein angemessenes Instrument der Aufarbeitung in einer pluralistischen Gesellschaft sein könnte. Dass dann der Vorschlag eines Oppositions-Abgeordneten zur Realisierung einer Bundestags-Kommission führte, ist - wie ich denke - ein Zeichen dafür, was sachliche Argumentation und Überzeugungsfähigkeit in einer parlamentarischen Demokratie bewirken können. Mehrheiten sind eben nicht nur auf dem Hintergrund parteipolitischer Interessen möglich!

Damals beschäftigte sich der Deutsche Bundestag (gewissermaßen als Erbe der frei gewählten Volkskammer in der DDR) in vielerlei Hinsicht mit der Hinterlassenschaft der DDR. Wir hatten uns z.B.

zu fragen, wie die Rehabilitierung der Opfer aussehen soll. Es kam zu entsprechenden Gesetzen - durchaus mit viel Streit und Auseinandersetzung. Die justizielle Aufarbeitung der Vergangenheit war voll im Gange, die Ermittlungen liefen. Einige, die daran beteiligt waren, sind hier im Raum. Da ging es um die Täter und die Verantwortlichkeiten im DDR-System. Damals war die Staatssicherheit das bestimmende Thema für die DDR-Geschichte. Aber es bestand darüber hinaus ein breiter Regelungsbedarf in vielen gesellschaftlichen Fragen: Etwa, wie man mit den Altschulden umgehen sollte. Welche Art Schulden sind Altschulden überhaupt? Oder das Problem der Renten, das uns bis in die jüngste Zeit wieder beschäftigt hat...

Heute diskutieren wir wieder über das Gesetz zu den Stasiunterlagen. Ich denke, das war damals ein ganz wichtiges Gesetz - und in ganz Europa einmalig. Die wichtigsten Punkte waren, (1) dass der Zugang für die Opfer zu den Unterlagen der Staatssicherheit ermöglicht werden sollte; das heißt, dass, was man über uns an Informationen gesammelt hatte, sollte dem Einzelnen zugänglich sein. Das Herrschaftswissen über diese Dinge sollte nicht bei den Mitarbeitern der Stasi bleiben. Das andere Anliegen war (2) - und das war uns ein ganz wesentlich, dass es möglich sein sollte, in öffentlichen Institutionen und in Verbänden zu überprüfen, ob jemand aus der Mitarbeiterschaft informell oder hauptamtlich für die Staatssicherheit gearbeitet hat. Dabei ging es uns um die Glaubwürdigkeit der demokratischen Institutionen. Gerade diese Glaubwürdigkeit schien uns für den Aufbau einer Demokratie eine ganz wesentliche Frage zu sein. Und dann wollten wir (3), dass dieses Repressionssystem in seinen verfeinerten Strukturen und Verantwortlichkeiten durchleuchtet werden kann, dass historische Forschung möglich sein soll, dass man den Apparat und die Funktionsweisen des Systems erforschen kann. Darüber hinaus wird durch diese Akten nicht nur Zeugnis über Täterschaft gegeben und über Strukturen der Repression, sondern ebenfalls über Mut, Freiheitswillen und Zivilcourage vieler Menschen.

Über diese Gesetze hinaus schien mir mit dem Vorschlag der Bildung einer Enquete-Kommission wichtig, dass der Bundestag sich selbst systematisch und grundsätzlich mit dem Erbe der DDR befaßt - und nicht nur spezifisch für das einzelne Gesetz. Dazu kam die notwendige öffentliche Diskussion. Aufarbeitung von Vergangenheit ist nach meiner Überzeugung von zentraler Bedeutung für die Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur. Sie gehört zum Selbstverständigungsprozess unserer demokratischen Gesellschaften in der Mitte Europas. Nach einer Diktatur wird die Vergangenheit leicht zu einem Knüppel im politischen Kampf. Belege dafür bietet nicht nur der Blick auf die Nachbarländer, das heißt auf ehemalige sozialistische "Bruderländer" und ihre Nachfolgestaaten. Solche Art Instrumentalisierung der Vergangenheit als Knüppel im politischen Kampf gibt es natürlich auch in Deutschland, und niemand glaube, dass dies völlig zu vermeiden wäre. Meine These ist aber, dass gerade die Arbeit der Enquete - Kommissionen wesentlich dazu beigetragen hat, die öffentliche Debatte zu versachlichen. Dies war nicht zuletzt deshalb möglich, weil eine Reihe wichtiger Sachverständiger und nicht nur Vertreter politischer Parteien den Enquete - Kommissionen angehörten. So ist es uns gelungen, in der Kommission diese Instrumentalisierung der Vergangenheit für parteipolitische Zwecke deutlich in Grenzen zu halten.

Während der Arbeit dieser Kommissionen hat sich ein klarer Konsens gezeigt, ein grundlegender anti-totalitärer Konsens. Dieser wurde zu einer lebendigen Wirklichkeit und tragenden Grundüberzeugung in der Arbeit beider Enquete – Kommissionen. Eine wichtige Aufgabe war, die öffentliche Kenntnis über die DDR zu erweitern, Beurteilungen zu differenzieren und ganz unterschiedliche Lebenserfahrungen, Perspektiven und Horizonte zur Sprache kommen zu lassen. Wir fragten nach den Funktionsweisen des Systems der Repression, nach Verantwortlichkeiten, aber ebenso natürlich nach der Situation der Opfer und ihrer Perspektive - und nach dem Alltagsleben unter den Bedingungen der Diktatur.

Von großer Bedeutung war die gesamtdeutsche Perspektive. Sich mit der DDR zu beschäftigen heißt immer, das geteilte Deutschland in den Blick zu nehmen. Jeder der beiden deutschen Staaten war ohne den ständigen Blick auf den anderen nicht verständlich. Deshalb ist wichtig festzuhalten, was bis heute Aufgabe bleibt: Die Aufarbeitung der DDR- Geschichte ist eine gesamtdeutsche Aufgabe, die in der westdeutschen Gesellschaft aber erst so nach und nach wahrgenommen wird.

Die Enquete – Kommissionen haben für die historische Forschung wichtige Anstöße gegeben und manches Material bereitgestellt. Gerade am Anfang war es auch wichtig, weiße Flecken und Desiderate in der Forschungslandschaft und in der historischen Erkenntnis festzuhalten. Eines war uns von Anfang an klar: Ohne historische Forschung gerät die gesellschaftliche und politische Aufarbeitung, und damals natürlich auch die justiziellen Aufarbeitung, in eine Sackgasse. Das zu sagen ist heute besonders wichtig, wenn nach dem Urteil am vergangenen Wochenende ein hoher Anteil der Akten in der damit entstandenen Rechtslage nicht mehr zur Verfügung steht, was im völligen Gegensatz zu dem steht, was wir damals als Gesetzgeber wollten. Deshalb muß gesehen werden: heute, mit dieser ganz neuen Rechtslage, ist es eben nicht nur Helmut Kohl, sondern auch jeder Rektor einer Hochschule, jeder Bürgermeister oder Betriebsdirektor, - oder denken wir an 1953, jeder Streikführer oder jemand, der auf der Straße Initiative ergriffen hat und damit für diesen konkreten historischen Zeitpunkt eine Person der Zeitgeschichte ist, - . nach dieser Rechtslage muß man alle diese Personen erst fragen, ob die Materialien, die über sie handeln, eingesehen werden dürfen. Und das auch nach 50 Jahren noch! Man muß diese Personen nun erst einmal finden, denn auch das ist nicht selbstverständlich. Dann ist auch nicht klar, was ist, wenn sie tot sind. Das heißt, wir haben heute eine völlige untragbare Rechtslage und es ist völlig klar: Wir brauchen so schnell als möglich eine Novellierung dieses Gesetzes, welche die Praxis, die bisher in der ganzen politischen Breite getragen wurde, wieder ermöglicht! Und zwar durchaus in der Weise, die dem entspricht, was Marianne Birthler als neue Chefin der Behörde vor einiger Zeit differenzierend eingeführt hat, dass jeder, über den Akten heraus gegeben werden, Kenntnis davon erhält und weiß was herausgegeben wird, so dass er oder sie Gespräche darüber führen kann. Ich denke, das ist eine gute und faire Regelung und Ergänzung. Aber man darf eben nicht auf die Zustimmung der betreffenden Personen angewiesen sein! Deshalb noch einmal: ich halte die schnelle Novellierung des Gesetzes für notwendig mit dem Ziel, die zuletzt von der Behörde geübte Praxis des Aktenzugangs für Wissenschaft und Öffentlichkeit wieder möglich zu machen!

Der eigentliche Sinn von Enquete – Kommissionen ist es, Empfehlungen für den Deutschen Bundestag zu geben. In unserer ersten Enquete – Kommission haben wir diesen Zweck nicht erfüllt. Deshalb haben wir dann auch eine zweite Enquete – Kommission auf den Weg gebracht, die dann von 1995 bis 1998 gearbeitet und eine ganze Reihe solcher Empfehlungen gegeben hat. Sie hat z.B. den Novellierungsprozeß in der Frage der Rehabilitierung der Opfer wesentlich mitbestimmt. Wir haben damals auch ein Gedenkstättenkonzept erarbeitet, von dem ich am Anfang nicht für möglich gehalten hätte, dass es uns gelingt, im parteiübergreifenden Konsens zu einer gemeinsamen Gedenkstättenkonzeption zu kommen. Die neue Bundesregierung hat diese dann für ihre eigene Gedenkstättenkonzeption aufgegriffen und in wesentlichen Teilen umgesetzt.

Ein drittes Beispiel ist die Stiftung zur Aufarbeitung der DDR-Diktatur. Auch dies geschah im parteiübergreifenden Konsens, der es sogar ermöglicht hat, dass wenige Monate vor der Bundestagswahl 1998 das Gesetz zur Gründung dieser Stiftung beschlossen wurde und die notwendigen Arbeiten beginnen konnten, um die Stiftungsarbeit schnell beginnen zu lassen. Der Hintergrund dafür war, dass wir deutlich gesehen haben, dass die vielen Aufarbeitungsinitiativen und – archive dringend Hilfe aus den Haushaltsmitteln des Bundes brauchten. Diese Stiftung arbeitet nun seit einigen Jahren. Gestern haben wir den ersten Tätigkeitsbericht dieser Stiftung verabschiedet, so dass er in Kürze allen zur Verfügung steht.

Nach der Erfahrung von Diktatur ist Aufarbeitung von Vergangenheit - wie ich glaube – immer ein Thema von aktiven Minderheiten. Oft genug sind es erst einmal die Opfer des Systems, die sich für die Aufarbeitung der Diktatur einsetzen und sich von der Mehrheitsgesellschaft leider allein gelassen fühlen. Auch das sollte uns Stoff zum Nachdenken geben.

Es ist nach 1990 ähnlich wie in den 40er, 50er und 60er Jahren: Diese Minderheiten, welche die Notwendigkeit der Aufarbeitung einklagten, taten etwas, das für die gesamte Gesellschaft, für die Entwicklung eines nationalen Selbstverständnisses nach einer Diktatur von eminenter Bedeutung ist. Das gilt heute in der Frage des Kommunismus ebenso wie für die Zeit des Nationalsozialismus. Das, was wir heute gewissermaßen als den Gründungskonsens der Bundesrepublik Deutschland bezeichnen können – die Wertschätzung des Widerstands gegen die Diktatur des Nationalsozialismus, wie z.B. am 20. Juli - ist erst im Laufe der Jahrzehnte gewachsen.

Ähnlich wie nach 1945 braucht es auch heute, nach 1990, nach dem Sturz des kommunistischen Systems, nach der zweiten Diktatur in Deutschland diese aktiven Minderheiten. Sie nehmen für eine künftige politische Kultur in Deutschland – und in Europa! – eine ganz wichtige Aufgabe wahr. Es ist auch nicht nur eine deutsche Aufgabe, sondern eine europäische. Denn auch durch die Herausforderung der Aufarbeitung des Kommunismus sind wir mit den anderen Ländern des ehemaligen Ostblock verbunden. Auch sie sind in diesem Prozeß, einen notwendigen gesellschaftlichen Konsens darüber zu finden. Das braucht hier wie da viel Diskussion, ja, viel heftigen Streit. Wir erleben das ja gerade in diesen Tagen wieder ganz hautnah. In diesem Streit werden wir es im Laufe der Jahre schaffen, dass hier ein gesellschaftlicher Konsens zustande kommt. Aber - wie gesagt - das wird noch ein paar Jahre dauern. Das gilt nicht nur für die Zeit der SED-Diktatur, sondern

auch für die Vereinigung, für den Prozeß der Deutschen Einheit. Denn fast unbemerkt von der Öffentlichkeit war auch dieser Prozeß der Deutschen Einheit Thema - und zwar sehr intensives Thema - der zweiten Enquete – Kommission. Wir haben uns auch nicht nur mit der staatlichen Vereinigung im Jahr 1990 befaßt, sondern mit dem ganzen Prozeß des Zusammenwachsens beider deutschen Gesellschaften. Und natürlich war gerade dieser Themenbereich in der Kommission besonders strittig.

Für den Charakter von Enquete-Kommissionen ist es grundlegend, dass nicht nur die Mehrheitsmeinungen, sondern auch die Positionen von Minderheiten, ja, sogar von einzelnen, in Sondervoten ihren Ort haben, welche im Bericht und in den vielen ihnen möglicherweise bekannten Bänden, welche die Arbeit der Enquete – Kommission dokumentieren, festgehalten sind.

Ich bin übrigens überzeugt, dass die künftige Bedeutung der Enquete Kommissionen nicht das ist, was sie an historischer Forschung über die DDR initiiert hat. Die in Auftrag gegebenen Expertisen sind inzwischen schon zum Teil überholt - oder sie werden es naturgemäß in den nächsten Jahren sein. Das wichtigste ist, dass sie ein Zeugnis dafür sind, wie wir als Deutscher Bundestag in den Jahren zwei bis acht der Deutschen Einheit mit dieser Vergangenheit umgegangen sind. Was haben wir thematisiert, worüber haben wir uns gestritten, was wurde verdrängt und war überhaupt nicht Thema und wo hat man versucht, Vergangenheit zu instrumentalisieren? Das werden künftig die Fragen sein, die viel mehr interessieren – in der historischen Betrachtung der 90er Jahre!

Die Fragen, vor denen wir standen und zum Teil noch stehen, sind Problemstellungen, vor denen –wie gesagt - auch manche unserer Nachbarländer standen und stehen.. Wir stehen vor vergleichbaren Fragen bei allen Unterschieden der Struktur in den verschiedenen Staaten und Gesellschaften des ehemaligen Ostblocks. Wie soll man beim Aufbau einer Demokratie mit dieser diktatorischen Vergangenheit umgehen? Soll man sie beiseite tun? Gibt es eine Versöhnung ohne Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit? Wir waren vor zehn Jahren der Meinung, dass Versöhnung Wahrheit braucht. Ja, wir glaubten - und ich bin noch heute überzeugt davon - wir müssen durch dieses Tal der Tränen hindurch, wenn es eine glaubhafte und glaubwürdige Versöhnung in der Gesellschaft geben soll. Glaubwürdige Demokratisierung ist nur in der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte möglich.

Nicht in allen ehemals kommunistischen Staaten ist das gleichermaßen geschehen und da, wo dies nicht geschah, bricht unbewältigte Vergangenheit immer wieder hervor. Die Geschichte der letzten zwölf Jahre hat das deutlich gezeigt. Meine Erfahrung ist aber, dass das Interesse in allen Gesellschaften Ostmitteleuropas an der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit wächst. Es gibt auch ein zunehmendes Interesse an einem grenzüberschreitenden und intensiven Dialog zu diesen Fragen. Wir haben da viel voneinander zu lernen. Das Interesse an unseren Erfahrungen in Deutschland ist bei unseren Nachbarn sehr groß.. Die Stiftung Aufarbeitung, die Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit oder auch das Haus der Geschichte in Leipzig - alle diese Institutionen haben in diesem grenzüberschreitenden Dialog eine wichtige Aufgabe.

Jedes Volk entwickelt und braucht ein Bild von sich selbst. Dies stellt sich nicht dadurch her, dass es dekretiert wird, sondern dadurch, dass es in einem pluralen gesellschaftlichen Streit nach und nach in wichtigen Grundlagen zu einem Konsens wird. Ich glaube, dass wir in Deutschland dieses Bild von uns selbst noch lange nicht haben. Ein Blick zurück auf die Art und Weise, wie wir vor wenigen Jahren die zehnten Jahrestage gefeiert haben, kann das sehr deutlich machen. Ich glaube, dass wir die Beschäftigung mit unserer Vergangenheit weiter brauchen - um der Zukunft willen! Gerade eine ehrliche Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit - realistisch, Streitbar, gelassen - macht uns zu einem glaubwürdigen Partner in Europa. Die Erwartungen an uns Deutsche sind hier besonders groß. Wir sollten sie nicht enttäuschen.

Ich danke ihnen.